



Eidgenössische Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuer gerechtigkeits-Initiative)»

Sperrfrist: 8.3.2021, 13.00 Uhr

Medienmitteilung zur Pressekonferenz der Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuer gerechtigkeits-Initiative)»

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» der Öffentlichkeit vorgestellt

Am heutigen internationalen Frauentag luden Vertreterinnen des Initiativkomitees der Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuer gerechtigkeits-Initiative)» in Bern zur Pressekonferenz und präsentierten die Initiative der breiten Öffentlichkeit. Morgen Dienstag, 9. März 2021, startet die offizielle Sammelphase.

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin und Präsidentin der FDP. Die Liberalen Frauen Schweiz, stellte zusammen mit Vertreterinnen des Initiativkomitees das Anliegen der Einführung der zivilstandsunabhängigen Besteuerung vor. Dabei kamen als Referenz zum internationalen Frauentag ausschliesslich Frauen zu Wort. Vincenz wies aber ausdrücklich darauf hin, dass es sich beim Anliegen nicht um ein isoliertes "Frauenthema", sondern um ein gesellschaftliches und gesamtwirtschaftliches Thema handelt. Das 27-köpfige Initiativkomitee ist denn auch breit aufgestellt mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Initiative sei eine Reaktion auf den Umstand, dass in der Schweiz bereits seit Ende der 90er Jahre Bestrebungen zur Einführung der Individualbesteuerung laufen, welche bis jetzt jedoch zu keiner realen Veränderung geführt hätten, sagte FDP-Nationalrätin *Christa Markwalder* an der heutigen Pressekonferenz. Deswegen haben sich die freisinnigen Frauen mit Verbündeten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammengeschlossen, um auf diesem Weg endlich etwas zu bewegen. Damit könnte endlich die sogenannte «Heiratsstrafe», die Ehepaare und eingetragene Partnerschaften heute steuerlich benachteiligt und damit eine wichtige Hürde für mehr Gleichstellung darstellt, aus dem Weg geräumt werden, betonte Markwalder weiter.

Ein gerechteres Steuersystem schaffen

Schon seit über 20 Jahren setzt sich auch Alt-Bundesrätin *Ruth Metzler-Arnold* für die Individualbesteuerung ein. Für sie liegen die Vorteile dieser Besteuerungsmethode klar auf der Hand: «Sie ist die fairste Lösung der Besteuerung von Einkommen und Vermögen und setzt das verfassungsmässige Prinzip der Besteuerung aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit um – neu eben unabhängig vom Zivilstand». Denn die jetzige Verknüpfung der Besteuerung mit dem Zivilstand ist nämlich auch aus gleichstellungspolitischer Sicht problematisch. Bekommen Ehepaare Kinder, sind es in den meisten Fällen die Frauen, die ihre Pensen reduzieren oder ganz aus dem Berufsleben ausscheiden. Dies, weil sie aufgrund der höheren Progression und der zusätzlich anfallenden Kinderbetreuungskosten für ihre Arbeit gleich doppelt finanziell bestraft werden, wie *Carolina Müller-Möhl*, Präsidentin der Müller-Möhl Group, anhand des Beispiels eines jungen Ehepaares aufzeigte.



Eidgenössische Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuer gerechtigkeits-Initiative)»

Negative Auswirkungen auf die Wirtschaft beheben

Die Auswirkungen der «Heiratsstrafe» auf die Arbeitstätigkeit, vor allem von Frauen, müssen auch aus wirtschaftlicher Sicht dringend angegangen werden. Sie verstärken den Fachkräftemangel in der Schweiz und sorgen dafür, dass sich Arbeit für Zweitverdiener nur bedingt lohnt. Das darf nicht sein, denn wer arbeitet, soll dafür nicht steuerlich bestraft werden. Auch hier schafft die Initiative Abhilfe. Studien zeigen, dass mit der Einführung der Individualbesteuerung mit einer Zunahme der Beschäftigung von 40'000 bis 60'000 zusätzlichen Vollzeitstellen zu rechnen ist. Oder anders ausgedrückt: 300'000 berufstätige Frauen könnten ihr Erwerbsspensum um 20% erhöhen, wie FDP-Ständerätin *Johanna Gapany* betonte. Die Individualbesteuerung bietet die Möglichkeit, das Steuersystem an die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. SP-Ständerätin *Eva Herzog* wies dabei auf die rückläufigen Zahlen der Einverdienerehen in der Schweiz hin: «Grund dafür ist zum einen vielfach die ökonomische Notwendigkeit, zum anderen aber oft auch ein gewandeltes Rollenverständnis der Ehepaare».

Chance für ein einheitliches Steuersystem nutzen

Den Initiantinnen und Initianten ist bewusst, dass die Umstellung auf die Individualbesteuerung mit einem gewissen Mehraufwand verbunden ist. Dies ist jedoch bei jeder Reform der Fall und im Falle der Individualbesteuerung würde sich dieser Initialaufwand besonders lohnen. «Dank der Individualbesteuerung werden wir ein einheitliches, transparentes und einfaches Steuersystem haben. Mit der Reform müssen die Tarife und Abzüge an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen angepasst werden», betonte FDP-Nationalrätin *Anna Giacometti* in ihrem Votum. Zudem werden die Steuererklärungen zunehmend elektronisch abgewickelt, was mit der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung bald die Norm sein dürfte.

Unterschriftensammlung startet am 9. März 2021

Morgen Dienstag, 9. März 2021, beginnt die offizielle Frist für die Unterschriftensammlung zugunsten der Initiative. Die Initiantinnen und Initianten können dabei auf breite Unterstützung von Verbänden und Parteien zählen. Neben der Müller-Möhl Foundation, dem Kaufmännischen Verband Schweiz, Arbeitgeberorganisationen, Travail.Suisse, «die plattform», diversen Männerorganisationen wie IGM, männer.ch und mannschaft haben auch verschiedene Parteien beschlossen, die Initiative zu unterstützen. Weitere Informationen zur Unterstützung der Initiative und zur Unterschriftensammlung finden sich unter: www.individualbesteuerung.ch.

Bern, 8. März 2021

Kontaktpersonen:

Susanne Vincenz-Stauffacher, +41 79 936 83 62, vincenz@fdp-frauen.ch

Christa Markwalder, +41 79 222 52 80, christa.markwalder@parl.ch